

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG  
Baubehörde - Amt für Bauordnung und Hochbau

**Bauprüfdienst (BPD): 3/2001**

**Anforderungen an den Bau und Betrieb von Schulen  
(BPD Schulbau)**

**Inhalt:**

- 1 Anwendungsbereich
- 2 Anforderungen an Bauteile
  - 2.1 Brandwände
  - 2.2 Hallen
- 3 Rettungswege
  - 3.1 Allgemeine Anforderungen
  - 3.2 Rettungswege durch Hallen
  - 3.3 Notwendige Flure
  - 3.4 Breite der Rettungswege, Sicherheitszeichen
  - 3.5 Zweigeschossige Schulpavillons mit max. 2 Klassenräumen je Geschoss in F 90 A-Bauweise
- 4 Treppen, Geländer, Umwehrungen
- 5 Türen
- 6 Blitzschutzanlagen
- 7 Sicherheitsbeleuchtung
- 8 Alarmierungsanlagen
- 9 Sicherheitsstromversorgung
- 10 Feuerwehrplan, Brandschutzordnung
- 11 Hinweis
- 12 Begründung

## 1 Anwendungsbereich

Dieser Bauprüfdienst gilt für besondere Anforderungen, die nach § 51 Abs. 1 HBauO an allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, soweit diese nicht ausschließlich der Unterrichtung Erwachsener dienen, zu stellen sind.

## 2 Anforderungen an Bauteile

### 2.1 Brandwände

Brandwände gemäß § 26 Abs. 5 und § 27 Abs. 5 HBauO sind in Abständen von höchstens 60 m anzuordnen. In Öffnungen in diesen Brandwänden im Zuge notwendiger Flure sind feuerhemmende, rauchdichte und selbstschließende Türen zulässig, wenn die angrenzenden Flurwände in einem Bereich von 2,5 m beiderseits der Tür keine Öffnungen haben.

### 2.2 Hallen

Über mehrere Geschosse reichende Hallen sind zulässig. Türen zwischen Hallen und notwendigen Treppenträumen, notwendigen Fluren und Aufenthaltsräumen müssen feuerhemmend, rauchdicht und selbstschließend sein.

## 3 Rettungswege

### 3.1 Allgemeine Anforderungen

Für jeden Unterrichtsraum müssen in demselben Geschoss mindestens zwei voneinander unabhängige Rettungswege zu Ausgängen ins Freie oder zu notwendigen Treppenträumen vorhanden sein. Anstelle eines dieser Rettungswege darf ein Rettungsweg über Außentreppen ohne Treppenträume, Rettungsbalkone, Terrassen und begehbare Dächer auf das Grundstück führen, wenn dieser Rettungsweg im Brandfall nicht gefährdet ist; dieser Rettungsweg gilt als Ausgang ins Freie.

### 3.2 Rettungswege durch Hallen

Einer der beiden Rettungswege nach Abschnitt 3.1 darf durch eine Halle führen, wenn die Halle eine Rauchabzugsanlage hat.

### 3.3 Notwendige Flure

Notwendige Flure mit nur einer Fluchtrichtung (Stichflure) dürfen nicht länger als 10 m sein.

### 3.4 Breite der Rettungswege, Sicherheitszeichen

Die nutzbare Breite der Ausgänge von Unterrichtsräumen und sonstigen Aufenthaltsräumen sowie der notwendigen Flure und notwendigen Treppen muss mindestens 1 m je 150 darauf angewiesener Benutzer betragen. Es muss jedoch mindestens folgende nutzbare Breite vorhanden sein bei

a) Ausgängen von Unterrichtsräumen und sonstigen Aufenthaltsräumen	0,90 m
b) notwendigen Fluren, auf die mehr als 180 Benutzer angewiesen sind	2,00 m
c) sonstigen notwendigen Fluren	1,25 m
d) notwendigen Treppen	1,25 m.

Die erforderliche nutzbare Breite der notwendigen Flure und notwendigen Treppen darf durch offen stehende Türen, Einbauten oder Einrichtungen nicht eingeschränkt werden. Ausgänge zu notwendigen Fluren dürfen nicht breiter sein als der notwendige Flur. Ausgänge zu notwendigen Treppenräumen dürfen nicht breiter sein als die notwendige Treppe. Ausgänge aus notwendigen Treppenräumen müssen mindestens so breit sein wie die notwendige Treppe. An den Ausgängen zu notwendigen Treppenräumen oder ins Freie müssen Sicherheitszeichen angebracht sein.

### 3.5 Zweigeschossige Schulpavillons mit max. 2 Klassenräumen je Geschoss in F 90 A-Bauweise

Bei zweigeschossigen Schulgebäuden mit maximal 2 Klassenräumen je Geschoss und in feuerbeständiger F 90 A-Bauweise ist ein zweiter baulicher Rettungsweg dann nicht erforderlich, wenn

- der erste Rettungsweg besonders gesichert wird und
- die Unterrichtsräume kein erhöhtes Brandgefahrenpotentiell ausweisen.

Der erste Rettungsweg gilt als besonders gesichert, wenn

- die Unterrichtsräume nur über einen Vorraum oder einen Flur vom Treppenraum erreichbar sind,
- die Vorräume bzw. Flure feuerhemmend und rauchdicht (T 30-RS-Türen) vom Treppenraum abgetrennt sind,
- die Oberflächen der Treppenraum-, Vorraum- oder Flurwände aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen,
- der Treppenraum und die Vorräume bzw. die Flure mit Rauchmeldern überwacht werden, die eine akustische Alarmierung für alle Räume im Brandfall auslösen.

Ein erhöhtes Brandpotential ist dann nicht gegeben, wenn

- eventl. Küchenzeilen in Klassen- oder Gruppenräumen technisch so ausgestattet sind, dass einer erhöhten Brandgefahr vorgebeugt wird (z. B. durch Einbau von Zeitschaltuhren),
- in Klassen- oder Gruppenräumen keine leicht entzündlichen Polstermöbel (Kuschelecken) vorgesehen sind,
- in Klassen- oder Gruppenräumen keine Regalwände eingebaut werden,
- in diesen Gebäuden keine Fachräume eingerichtet werden.

#### **4 Treppen, Geländer und Umwehrungen**

Die nutzbare Breite notwendiger Treppen darf 2,5 m nicht überschreiten. Treppen müssen Tritt- und Setzstufen haben. Notwendige Treppen dürfen keine gewendelten Läufe haben. Geländer und Umwehrungen müssen mindestens 1,10 m hoch sein.

#### **5 Türen**

Türen, die selbstschließend sein müssen, dürfen nur offen gehalten werden, wenn sie Feststellanlagen haben, die bei Raucheinwirkung ein selbsttätiges Schließen der Türen bewirken; sie müssen auch von Hand geschlossen werden können. Türen im Zuge von Rettungswegen müssen in Fluchtrichtung des ersten Rettungsweges aufschlagen. Sie müssen von innen leicht in voller Breite zu öffnen sein.

#### **6 Blitzschutzanlagen**

Schulgebäude müssen Blitzschutzanlagen haben.

#### **7 Sicherheitsbeleuchtung**

Eine Sicherheitsbeleuchtung muss in notwendigen Fluren, notwendigen Treppenräumen und fensterlosen Aufenthaltsräumen vorhanden sein.

#### **8 Alarmierungsanlagen**

Schulen müssen Alarmierungsanlagen haben, durch die im Gefahrenfall die Räumung der Schule oder einzelner Schulgebäude eingeleitet werden kann (Hausalarmierung). Das Alarmsignal muss sich vom Pausensignal unterscheiden und in jedem Raum der Schule gehört werden können. Das Alarmsignal muss mindestens an einer während der Betriebszeit der Schule ständig besetzten oder an einer jederzeit zugänglichen Stelle innerhalb der Schule (Alarmierungsstelle) ausgelöst werden können. An den Alarmierungsstellen müssen sich Telefone befinden, mit denen jederzeit Feuerwehr und Rettungsdienst unmittelbar alarmiert werden können.

#### **9 Sicherheitsstromversorgung**

Sicherheitsbeleuchtung, Alarmierungsanlagen und Rauchabzugsanlagen müssen an eine Sicherheitsstromversorgungsanlage angeschlossen sein.

#### **10 Feuerwehrplan, Brandschutzordnung**

Der Betreiber der Schule muss im Einvernehmen mit der für den Brandschutz zuständigen Dienststelle Feuerwehrpläne und eine Brandschutzordnung anfertigen und der örtlichen Feuerwehr zur Verfügung stellen.

## 11 Hinweis

Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. EG Nr. L 204 S. 37) sind beachtet worden.

## 12 Begründung

Der Bauprüfdienst „Schulbau“ ist gegenüber der bisherigen „Bauaufsichtlichen Richtlinie für Schulen“ - Fassung Juni 1976 - (BASchulR 1976) erheblich gestrafft und gekürzt. Die vorliegende Richtlinie beschränkt sich auf die besonderen bauaufsichtlichen Anforderungen oder auch Erleichterungen, die unter Anwendung des § 51 HBauO aufgrund der schultypischen Nutzung an Schulen gestellt werden müssen oder zugelassen werden können.

Alle in der bisherigen BASchulR 1976 enthaltenen Verweise auf DIN-Normen, VDE-Bestimmungen, Unfallverhütungsvorschriften, andere bauaufsichtliche Richtlinien, eingeführte Technische Baubestimmungen und die als autonomes Recht erlassenen Unfallverhütungsvorschriften der Unfallversicherungsträger sind weggefallen. Aus diesem Grunde enthält der BPD „Schulbau“ keine speziellen sicherheitstechnischen und ergonomischen Aussagen zu Bauteilen, Einrichtungen und Arbeitsplätzen von Schulen. Der BPD „Schulbau“ enthält ferner keine Verweise auf andere bauaufsichtliche Vorschriften, da diese Vorschriften aus sich heraus gelten; so ist z. B. der BPD „Versammlungsstätten“ auf Aulen oder Hallen anzuwenden, die mehr als 200 Besucher fassen und damit Versammlungsräume sind. Desgleichen enthält der BPD „Schulbau“ keine Bestimmungen ausschließlich schulbetrieblicher Art. Regelungen über die Größe der Unterrichtsräume oder Betriebsvorschriften sind daher weggefallen.

Soweit der BPD „Schulbau“ keine besonderen Regelungen trifft, gelten die Vorschriften der HBauO. Soweit Unfallverhütungsvorschriften z. B. der Berufsgenossenschaften und der Gemeindeversicherungsverbände Vorschriften für Schulen enthalten, Regelungen der Arbeitsstättenverordnung greifen oder sich für Schulen Regelungen aus landesrechtlichen Vorschriften, insbesondere aus den Schulgesetzen oder aus Vorschriften aufgrund der Schulgesetze ergeben, gelten diese ebenfalls aus sich heraus.

Derartige auf Schulen anzuwendenden Regelungen finden sich insbesondere in

- Richtlinien für Schulen - Bau und Ausrüstung -, GUV 16.3, Ausgabe Januar 1987,
- Regeln für Sicherheit und Gesundheitsschutz beim Umgang mit Gefahrstoffen im Unterricht, GUV 19.16, Ausgabe Januar 1998.

Für die Errichtung und den Betrieb von Schulen bedeutende allgemein anerkannte Regeln der Technik sind zum Beispiel

- DIN 58 125 Schulbau - Bautechnische Anforderungen zur Verhütung von Unfällen, Ausgabe Dezember 1984
- die DIN-Reihe: DIN 18 032 Sporthallen, Teile 1 bis 6,
- die DIN-Reihe: DIN 4 844 Sicherheitskennzeichnung, Teile 1 bis 3,
- DIN 66 079 Grafische Symbole zur Information der Öffentlichkeit, Symbole für Behinderte, Entwurf Stand 1992

Der BPD „Schulbau“ enthält ferner keine über die HBauO hinausgehenden Regelungen über die Barrierefreiheit von Schulen. Ob und in welchem Umfang Schulen barrierefrei sein müssen, bestimmt sich nach § 52 HBauO bzw. nach der entsprechenden landes-

rechtlichen Regelung über bauliche Maßnahmen für besondere Personengruppen oder nach den jeweiligen schulrechtlichen Bestimmungen des Landes. Soweit Schulen nach landesrechtlichen Vorschriften barrierefrei errichtet werden müssen, kann dafür DIN 18 024 Teil 2, Ausgabe November 1996, als Anhalt dienen, soweit sie nicht als Technische Baubestimmung gemäß § 3 Abs. 3 HBauO eingeführt ist.

Zu den einzelnen Vorschriften:

#### **Zu Nummer 1 Anwendungsbereich:**

Der Anwendungsbereich entspricht der bisherigen Regelung der Nummer 1.1 BASchulR 1976. Der Anwendungsbereich umfasst nur allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, an denen Kinder und Jugendliche unterrichtet werden. Bildungseinrichtungen für Erwachsene fallen wie bisher nicht unter den Anwendungsbereich des BPD's „Schulbau“.

Der BPD „Schulbau“ umfasst daher Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen, Sonderschulen, Berufsschulen und vergleichbare Schultypen. Die Richtlinie erfasst nicht Fachhochschulen und Hochschulen, Akademien, Volkshochschulen, Musik-, Tanz- oder Fahrschulen oder vergleichbare Bildungseinrichtungen.

#### **Zu Nummer 2 Anforderungen an Bauteile:**

Für Schulen gelten grundsätzlich die sich aus der HBauO ergebenden Anforderungen an Bauteile.

Schulen, an denen Kinder und Jugendliche unterrichtet werden, erfordern ein besonderes Rettungskonzept. Erwachsenen ist es zuzumuten, sich im Gefahrenfall selbst über einen ersten Rettungsweg in Sicherheit zu bringen oder einen zweiten Rettungsweg zu suchen und zu benutzen. Kindern und Jugendlichen kann dies nicht zugemutet werden. In Schulen müssen im Gefahrenfall eine größere Anzahl von Kindern und Jugendlichen gleichzeitig in Sicherheit gebracht und insbesondere auch Paniksituationen vermieden werden. Die Evakuierung ganzer Schulklassen über eine anleiterbare Stelle scheidet schon deswegen aus, weil die Rettung allein einer Person durch die Feuerwehr über eine Leiter je nach der Höhe der anleiterbaren Stelle zwischen einer und drei Minuten in Anspruch nimmt.

Der zweite Rettungsweg nach § 24 Abs. 10 HBauO muss bei diesen Schulen immer ein zweiter baulicher Rettungsweg sein, da eine Rettung ganzer Schulklassen über eine Anleiterung in der im Gefahrenfall erforderlichen kurzen Zeit unrealistisch ist.

Da allgemein- und berufsbildende Schulen nur tagsüber als Schulen genutzt werden und die Schulklassen, von den Pausen abgesehen, von Lehrkräften beaufsichtigt werden, ist im Gefahrenfall eine geordnete Evakuierung in kürzester Zeit unter Aufsicht der Lehrkräfte möglich. Dieses Rettungskonzept mit einem zwingenden zweiten baulichen Rettungsweg ermöglicht es, gegenüber der bisherigen BASchulR 1976 erhebliche Erleichterungen im baulichen Bereich zuzulassen, so werden an die tragenden Bauteile von Schulen künftig keine höheren Anforderungen an die Feuerwiderstandsdauer gestellt als nach den Vorschriften der HBauO.

Abweichend von §§ 26 Abs. 5, 27 Abs. 5 und 28 Abs. 5 HBauO, der einen Abstand für innere Brandwände im Gebäude von maximal 40 m vorschreibt, lässt Nummer 2.1 Satz 1 einen Abstand der Brandwände von 60 m zu. Die bisherige Ausnahme der BASchulR 1976 ist damit regelmäßig zulässig. Bei einer Grundfläche der Klassenräume

von durchschnittlich 60 bis 70 m<sup>2</sup> können sich somit in einem Brandabschnitt bei einer einhüftigen Anlage maximal 5 bis 6, bei einer zweihüftigen Anlage maximal 10 bis 12 Klassenräume befinden. Abweichend von § 29 Abs. 1 HBauO, der für Öffnungen in Brandwänden feuerbeständige Abschlüsse fordert, lässt Nummer 2.1 Satz 2 im Zuge notwendiger Flure in diesen Brandwänden feuerhemmende, rauchdichte und selbstschließende Türen unter der Voraussetzung zu, dass die Flurwände beiderseits der Brandwand auf einer Länge von 2,50 m keine Öffnung haben. Durch diese Anforderung wird verhindert, dass im Falle eines Brandes in einem direkt an die Brandwand angrenzenden Unterrichtsraum, die Flurtür direkt durch Feuer beaufschlagt wird.

Abweichend von §§ 26 Abs. 11, 27 Abs. 10 und 28 Abs. 10 HBauO gestattet Nummer 2.2 Satz 1 über mehrere Geschosse reichende Hallen. Für die tragenden Bauteile, die Decken über die Trennwände dieser Halle gelten die Anforderungen der HBauO; soweit es sich bei der Halle um eine Versammlungsstätte handelt, gelten ergänzend die Vorschriften des BPD „Versammlungsstätten“. Abweichend von den Regelungen der HBauO, die für Öffnungen in Brandwänden und in feuerbeständigen Wänden feuerbeständige und selbstschließende Türen vorschreibt, genügen nach Nummer 2.2 Satz 2 zwischen Hallen und diesen Räumen feuerhemmende, rauchdichte und selbstschließende Türen.

### **Zu Nummer 3 Rettungswege:**

#### **Zu Nummer 3.1 Allgemeine Anforderungen:**

Der BPD „Schulbau“ geht von der bisherigen Konzeption der BASchulR 1976 ab, die den vorbeugenden Brandschutz von nach der Geschossigkeit und der Geschossfläche bemessenen Brandabschnitten abhängig gemacht hat und übernimmt die Grundregel der §§ 26 Abs. 5, 27 Abs. 5 und 28 Abs. 5 HBauO über Brandwände, lässt jedoch auf 60 m vergrößerte innere Brandwandabstände zu. Während nach der bisherigen Nummer 3.7.2 BASchulR 1976 ein zweiter baulicher Rettungsweg erst bei Schulen mit mehr als zwei Vollgeschossen und mehr als 1.600 m<sup>2</sup> Gesamtgeschossfläche zwingend war, schreibt Nummer 3.1 Satz 1 den zweiten baulichen Rettungsweg nun für alle Schulen unabhängig von der Zahl der Geschosse oder der Geschossfläche vor. Dies ist Folge des mit baulichen Erleichterungen verbundenen neuen Rettungskonzepts. Es handelt sich bei dem zweiten Rettungsweg immer um einen baulichen Rettungsweg, da die Regelung auf die Erreichbarkeit der Ausgänge ins Freie oder in notwendige Treppenhäuser abstellt. Satz 2 beinhaltet eine Erleichterung, die bei kleineren Schulen in Betracht kommt.

Dies gilt nicht für zweigeschossige Schulpavillons mit max. 2 Klassenräumen in F 90 A-Bauweise. Hier sind die Anforderungen nach Nummer 3.5 zu beachten. Ein erhöhtes Brandgefahrenpotential kann sich durch Polstermöbel (Kuschelecken), Regalwände und Kücheneinrichtungen in den Klassen ergeben.

#### **Zu Nummer 3.2 Rettungswege durch Hallen:**

Unter der Voraussetzung, dass die Halle eine Rauchabzugsanlage hat, darf einer der beiden Rettungswege durch eine Halle führen. Eine Rauchabzugsanlage wird damit für Hallen jedoch nicht vorgeschrieben.

### **Zu Nummer 3.3 Notwendige Flure:**

Die Begrenzung der Rettungsweglänge auf maximal 35 m ergibt sich bereits aus § 24 Abs. 9 und 10 HBauO. Die Rettungsweglänge ist in Lauflinie zu messen.

In Verbindung mit der Bemessungsregel der Nummer 3.4 und der Begrenzung der Breite notwendiger Treppen gemäß Nummer 4 auf maximal 2,5 m ergibt sich zwingend eine gleichmäßige Verteilung der notwendigen Treppen über das Gebäude, ohne dass es einer über § 24 Abs. 9 und 10 HBauO hinausgehenden Reglementierung der Rettungsweglänge in notwendigen Fluren bedürfte. Die Anzahl der erforderlichen notwendigen Treppenräume ergibt sich faktisch aus der Grundregel der Nummer 3.1 sowie der Bemessungsvorschrift der Nummer 3.4 in Verbindung mit Nummer 4.

### **Zu Nummer 3.4 Breite der Rettungswege, Sicherheitszeichen:**

Die Bemessung der nutzbaren Breite der Rettungswege entspricht im Wesentlichen der bisherigen Nummer 3.7.8 BASchulR 1976. Die Mindestbreite der Türen von 0,9 m entspricht DIN 18 024 - Teil 2, Ausgabe November 1996.

Die mehrgeschossige Schule mit nicht mehr als 60 m Länge und daher nur einem Brandabschnitt muss schon wegen Nummer 3.1 regelmäßig zwei notwendige Treppenräume haben. Da die nutzbare Breite einer notwendigen Treppe 2,5 m nicht überschreiten darf, dürfen auf eine notwendige Treppe mit 2,5 m nutzbare Breite maximal 375 Personen angewiesen sein. Sind einem Brandabschnitt zwei notwendige Treppen zugeordnet und wird die nutzbare Breite der notwendigen Treppen voll ausgeschöpft, so können sich in diesem Brandabschnitt maximal 750 Personen aufhalten, bei einer Klassenstärke von ca. 30 Schülern sind dies 24 Schulklassen. Bei einer dreigeschossigen Bauweise ergibt dies maximal 8 Klassen je Geschoss in diesem Brandabschnitt.

### **Zu Nummer 3.5 Zweigeschossige Schulpavillons mit max. 2 Klassenräumen je Geschoss in F 90 A-Bauweise**

1. Grundsätzlich sollen alle Schulgebäude – auch zweigeschossige – brandschutztechnisch in F 90 A-Bauweise errichtet werden.
2. Werden zweigeschossige Schulgebäude im Einzelfall in feuerhemmender Bauweise (F 30) errichtet, ist immer ein zweiter baulicher Rettungsweg vorzusehen.
3. Die Möblierung im Grund- und Hauptschulbereich mit Polstermöbeln, Regalwänden und Kücheneinrichtungen stellt gegenüber der herkömmlichen Schulmöblierung mit Holztischen und –stühlen ein erheblich höheres Brandgefahrenpotential durch höhere Brandlast und höhere Wahrscheinlichkeit der Brandentstehung dar. Deshalb wird für zweigeschossige Schulgebäude in F 90 A-Bauweise für maximal 4 Klassen das beschriebene Konzept festgelegt.

Hinsichtlich eines erhöhten Brandgefahrenpotentials gilt Folgendes:

1. Klassenräume mit Küchenzeilen sind technisch so auszustatten, dass einer erhöhten Brandgefahr vorgebeugt wird (z. B. durch Einbau von Zeitschaltuhren).



2. Die Brandgefahr erhöhenden Polstermöbel sind insbesondere solche mit Kunststoffbezügen oder Einlagen, die schnell entflammen und brennen, und im Brandfall giftige Gase freisetzen und schwere Rauchentwicklung verursachen. Solche Möbel sind aus den Unterrichtsräumen zu entfernen.
3. Bevor bei Fachräumen, bei denen erhöhtes Brandgefahrenpotential nicht ausgeschlossen werden kann, ein zweiter baulicher Fluchtweg realisiert wird, sind zuvor alle anderen Möglichkeiten zur Vermeidung der baulichen Maßnahme auszuschöpfen (z. B. Änderung der Raumnutzung, Verlegung in andere Gebäude).

#### **Zu Nummer 4 Treppen, Geländer und Umwehungen:**

Nummer 4 Satz 1 begrenzt die Breite der notwendigen Treppen, da breitere Treppen wegen der höheren Sturzgefahr als Rettungsweg nicht geeignet sind. Die Regelungen der Sätze 2 und 3 dienen der Verkehrssicherheit. Satz 4 betrifft nur die Höhen der Geländer, Umwehungen und Brüstungen gemäß § 34 Abs. 3 HBauO.

#### **Zu Nummer 5 Türen:**

Die Regelung entspricht der bisherigen Nummer 3.8.9 BASchulR 1976. Die Regelung kommt schulbetrieblichen Belangen entgegen, wenn Türen im laufenden Schulbetrieb offen gehalten werden sollten.

#### **Zu Nummer 6 Blitzschutzanlagen:**

Die Vorschrift entspricht der bisherigen Regelung der Nummer 3.20 BASchulR 1976.

#### **Zu Nummer 7 Sicherheitsbeleuchtung:**

Eine Sicherheitsbeleuchtung wird abweichend von der bisherigen Regelung der Nummer 3.13.2 BASchulR 1976 nur noch für notwendige Flure, notwendige Treppenträume und fensterlose Aufenthaltsräume vorgeschrieben. Da der Schulbetrieb an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen für Kinder und Jugendliche regelmäßig in der Zeit von 7.30 bis 17.30 Uhr stattfindet, ist eine allgemeine Sicherheitsbeleuchtung nicht erforderlich. Es ist entbehrlich, die Einzelheiten der Sicherheitsbeleuchtung vorzuschreiben, da dafür DIN VDE 0108 Teil 1 - Starkstromanlagen und Sicherheitsstromversorgung in baulichen Anlagen für Menschenansammlungen - Allgemeines -, Ausgabe Oktober 1989, herangezogen werden kann.

#### **Zu Nummer 8 Alarmierungsanlagen:**

Die Vorschrift entspricht der bisherigen Regelung der Nummer 3.19.3 BASchulR 1976. Auf die Möglichkeit der Nummer 3.19.4 BASchulR 1976, automatische oder nicht automatische Brandmeldeanlagen bei größeren Schulanlagen verlangen zu können, wurde verzichtet. Das Gleiche gilt für selbsttätige Feuerlöschanlagen nach Nummer 3.19.5 BASchulR 1976.

**Zu Nummer 9 Sicherheitsstromversorgung:**

Wie eine Sicherheitsbeleuchtung im Einzelnen beschaffen sein muss, ist nicht regelungsbedürftig, da insoweit DIN VDE 0108 Teil 1 - Starkstromanlagen und Sicherheitsstromversorgung in baulichen Anlagen für Menschenansammlungen - Allgemeines -, Ausgabe Oktober 1989, herangezogen werden kann.

**Zu Nummer 10 Feuerwehrplan, Brandschutzordnung:**

Die Vorschrift entspricht der Regelung des § 27 Abs. 3 MVkVO über Feuerwehrpläne. Feuerwehrpläne können sich an DIN 14 095 Teil 1, Ausgabe Januar 1992 (der neue Entwurf der DIN 14 095 Teil 1, Stand Januar 1997, ist noch nicht eingeführt), orientieren. Die Brandschutzordnung enthält Regelungen über das Verhalten bei Brand und Panik, insbesondere über die Alarmierung und die Evakuierung der Schule. Die Brandschutzordnung bestimmt auch, wie oft das Lehr- und Schulpersonal über die Brandschutzordnung zu belehren ist; eine solche Belehrung sollte jeweils nach längeren Schulferien, mindestens jedoch zu Beginn des Schuljahres, durchgeführt werden.